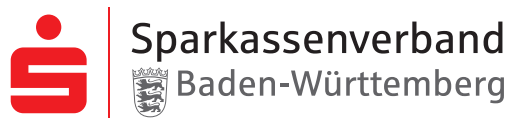


Gemeinsames Positionspapier von:



bankenverband BADEN-WÜRTTEMBERG

Wer wir sind.

Wir vertreten rund **800.000 Unternehmen, Betriebe und Mitglieder** der Real- und Finanzwirtschaft in Baden-Württemberg – vom Familienbetrieb über Handwerk, Handel und Industrie bis hin zu regionalen Kreditinstituten und privaten Banken. Gemeinsam stehen unsere Verbände für über **2,5 Mio. Beschäftigte**, über **100.000 Auszubildende** sowie eine starke Kreditwirtschaft mit mehr als **460 Milliarden Euro Bilanzsumme** (zzgl. der Bilanzsumme der privaten Banken).



Unsere 5 Themenschwerpunkte:

1. Omnibus I: Entlastung muss in Betrieben und im Finanzsektor ankommen.
2. Binnenmarkt vertiefen – Hemmnisse bei Entsendungen abbauen.
3. Europäischen Binnenmarkt für Energie vollenden.
4. Transformation voranbringen – Investitionsfinanzierung stärken.
5. Digitaler Euro: Fokus auf Nutzen und Akzeptanz.

1

Omnibus I: Entlastung muss in Betrieben und im Finanzsektor ankommen.

Die europäische Wirtschaft braucht Freiräume statt Überregulierung. Wir begrüßen ausdrücklich den Vorstoß der EU-Kommission mit dem Vereinfachungspaket Omnibus I. Es ist ein wichtiger Schritt für mehr Umsetzbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Mittelstandsorientierung in der europäischen Nachhaltigkeitsregulierung. Nichtsdestotrotz sind weitere Schritte notwendig, um den Verwaltungsaufwand um mindestens 25 Prozent und für KMU bis 2029 um mindestens 35 Prozent zu reduzieren.

Wir fordern:

- Tier1-Begrenzung beim EU-Lieferkettengesetz (CSDDD) und Konformitätsvermutung europäischer Lieferketten
- VSME-Begrenzung muss für Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und CSDDD gelten
- Auch weitere bestehende EU-Gesetze müssen auf Umsetzbarkeit und KMU-Tauglichkeit überprüft werden wie bspw. die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR): Sorgfaltspflichten müssen auf das Inverkehrbringen des ersten in den Anwendungsbereich der EUDR fallenden Erzeugnisses begrenzt werden

Klar ist: Entlastung darf nicht bei der Realwirtschaft enden – auch Genossenschaftsbanken, Sparkassen und Privatbanken müssen von den Vereinfachungen profitieren.

Wir fordern:

- Angleichung der bankspezifischen Berichts- und Offenlegungspflichten an die geplanten Änderungen – auch im aufsichtlichen ESG-Rahmen
- Realistische Erwartungen an öffentlich verfügbare ESG-Daten – andernfalls entstehen neue Berichtslasten durch Datenlücken
- Verzicht auf neue ESG-Meldepflichten – sie konterkarieren das Ziel der Entlastung und belasten Unternehmen doppelt. Die bestehenden EBA-Mandate hierzu sollten nicht weiterverfolgt werden

2

Binnenmarkt vertiefen – Hemmnisse bei Entsendungen abbauen.

Der EU-Binnenmarkt ist für den Alltag vieler baden-württembergischer KMU von enormer Bedeutung. Leider bestehen in der Praxis immer noch komplizierte und uneinheitliche Entsendeformalitäten, die kleine und mittelständische Unternehmen häufig von grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit abschrecken.

Wir fordern:

- Einführung von eDeclaration als EU-weites, einheitliches Meldeportal bei Entsendungen
- Integration weiterer Meldepflichten (A1-Bescheinigung, Dienstleistungsanzeige) in eDeclaration
- Bestehende Hemmnisse im Binnenmarkt müssen abgebaut werden

3

Europäischen Binnenmarkt für Energie vollenden.

Für eine wettbewerbsfähige europäische Wirtschaft braucht es eine Energiepolitik, die verlässliche Investitionen ermöglicht, Planungssicherheit schafft und den Fokus auf Versorgungssicherheit sowie Bezahlbarkeit legt.

Wir fordern:

- Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes mit einer grenzüberschreitend koordinierter Netzausbau- und Infrastrukturplanung – insbesondere durch den gezielten Ausbau europäischer Interkonnektoren – sowie eine faire Finanzierung und harmonisierte Zugangsregeln und Netzentgelte
- Beschleunigte Genehmigungsverfahren und erleichterte, attraktivere Ausgestaltung des Zugangs zu europäischen Infrastrukturprojekten für den Mittelstand. Gleichzeitig braucht es verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in Energieproduktion, –transport und –speicher
- Zügige, grenzüberschreitend abgestimmte Umsetzung des European Hydrogen Backbone, um einen Wasserstoffbinnenmarkt und Investitionssicherheit für Unternehmen zu schaffen
Bestehende, hemmende Regulatorik für den Wasserstoffmarkthochlauf muss abgebaut werden, insbesondere in den delegierten Rechtsakten für „RFNBO“ sowie kohlenstoffarmen Wasserstoff

4

Transformation voranbringen – Investitionsfinanzierung stärken.

Die Transformation stellt uns vor erhebliche Investitions Herausforderungen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen als auch die öffentliche Hand benötigen verlässliche Finanzierungsquellen und eine stabile Kreditversorgung, um die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, Nachhaltigkeit und Digitalisierung tätigen zu können.

Wir fordern:

- Rücknahme der erhöhten Risikogewichte für Infrastrukturbeteiligungen sowie sachgerechte Vorgaben für den Infrastrukturfaktor in der Kreditfinanzierung von Infrastrukturprojekten in der Capital Requirements Regulation (CRR), um die Kapitalbereitstellung und Kreditfinanzierung aus inländischen Ersparnissen zu fördern
- Spar- und Investitionsunion (SIU) ausgewogen gestalten: Neben der Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion und Erleichterung des Verbriefungsmarkts muss auch die Kreditvergabefähigkeit gestärkt werden
- Zudem müssen bürokratische Hürden abgebaut werden. Die aktuellen Vorschläge zur Kleinanlegerstrategie gehen in die falsche Richtung – zusätzliche Tests und Informationspflichten in der Wertpapieranlage schrecken private Anleger ab und gefährden die Ziele der SIU

5

Digitaler Euro: Fokus auf Nutzen und Akzeptanz.

In der derzeitigen Ausgestaltung wird der Digitale Euro weder den Anspruch erfüllen, die europäische Souveränität im Zahlungsverkehr zu stärken, noch die angestrebte breite Akzeptanz bei Nutzern, Händlern und Zahlungsdienstleistern erreichen.

Wir fordern:

- Konsequente Beibehaltung der klassischen Rollenverteilung zwischen Zentralbank und Privatwirtschaft
- Ausgeglichene Wettbewerbsbedingungen sowie Planungssicherheit für europäische Zahlungsverkehrssysteme: Digitaler Euro nur als Zahlungsmittel in Ergänzung zum Bargeld und nicht als zusätzliches Zahlverfahren in Konkurrenz zu bereits existierenden Zahlverfahren – wie das europäische Bezahlssystem Wero
- Rechtssicherer Rahmen als Voraussetzung für Vertrauen und Akzeptanz

Baden-Württemberg im Oktober 2025



Dr. Matthias Neth
Präsident | Sparkassenverband
Baden-Württemberg



Dr. Jan Stefan Roell
Präsident | Baden-Württembergischer
Industrie- und Handelskammertag



Dr. Ulrich Theileis
Präsident | Baden-Württembergischer
Genossenschaftsverband



Markus Heilig
Präsident | Bankenverband
Baden-Württemberg



Rainer Reichhold
Präsident | HANDWERK BW